

## Was ist die D-Mark im Osten Deutschlands wert?

*Für einen gleich hohen Verbrauch von Waren und Dienstleistungen in Höhe von 100 D-Mark in Westdeutschland brauchten die Privathaushalte in Ostdeutschland im Jahr 1991 nur rund 76 DM auszugeben, im Jahr 1995 mußten sie dafür bereits 91 DM aufwenden. Dieser regionale Unterschied der relativen Kaufkraft ist hauptsächlich auf bestehende Subventionen für Waren und Dienstleistungen mit staatlich administrierten Verbraucherpreisen in den neuen Bundesländern zurückzuführen. Insbesondere die starken Preisniveaunterschiede bei den Wohnungsmieten zwischen den neuen und alten Bundesländern waren für den Kaufkraftvorteil der D-Mark in Ostdeutschland maßgeblich. Unter Beachtung des im Jahr 1995 noch knapp 10 prozentigen Kaufkraftvorteils einer D-Mark entspricht die Kaufkraft der verfügbaren Einkommen je Einwohner in den neuen Bundesländern gegenwärtig rund drei Vierteln der verfügbaren Einkommen je Einwohner in den alten Bundesländern.*

### **Relative Kaufkraft gleicht sich immer mehr an**

Das verfügbare Einkommen je Einwohner in den neuen Bundesländern stieg im Vergleich zum westdeutschen Niveau von rund 49 vH im Jahr 1991 auf gut 67 vH im Jahr 1995 an. Das Kaufkraftgefälle zwischen West- und Ostdeutschland beruht aber nicht allein auf bestehende Unterschiede im Einkommensniveau sondern liegt auch in Preisniveaunterschieden begründet. Im Folgenden wird versucht, allein den Einfluß von Preisniveaunterschieden auf die Kaufkraft zu bestimmen, d.h. die *relative* Kaufkraft einer D-Mark in Ostdeutschland im Verhältnis zu Westdeutschland zu ermitteln.

Kaufkraftuntersuchungen solcher Art basieren auf einer repräsentativen Erhebung des Preisniveaus der für die Lebenshaltung privater Haushalte angebotenen Waren und Dienstleistungen in den miteinander zu vergleichenden Regionen. Einen solchen räumlichen Vergleich hat die amtliche Statistik in 50 Städten der Bundesrepublik Deutschland zum Herbst 1993 durchgeführt.<sup>15</sup> Dem dabei

generell auftretenden Problem, bestehende Qualitätsunterschiede im Verbrauch zu erfassen, wurde durch eine detaillierte Beschreibung der Güterrepräsentanten und deren Preiserhebung in verschiedenen Arten der Einzelhandelsgeschäfte (Warenhäuser, SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte, Supermärkte, Discounter, Fachgeschäfte) Rechnung getragen. Das Ergebnis wies für die westdeutschen Städte gegenüber den ostdeutschen Städten ein im Durchschnitt um knapp 6 Prozentpunkte höheres Preisniveau aus. Dieser Vergleich hat die Wohnungsmieten ausgeklammert. Da sie aber eine ausschlaggebende und damit unverzichtbare Größe für den Ost-West-Vergleich sind, schließen die hier dargestellten Berechnungen die Wohnungsmiete anhand eines externen Gutachtens<sup>16</sup> ein. Dabei werden bewußt gewisse Unschärfen in Kauf genommen, die aufgrund der Schwierigkeit entstehen, gleichwertige Wohnungen in Ost und West herauszufinden. Der Preisniveaunterschied des „50 Städtevergleichs“ wird bei Einbeziehung der Mietpreise nahezu verdoppelt. Nach diesen Berechnungen gaben die ostdeutschen Haushalte im Jahr 1993 für das gleiche Verbrauchsniveau bezogen auf 100 D-Mark in Westdeutschland im Durchschnitt 90 D-Mark aus oder anders ausgedrückt, die durchschnittliche relative Kaufkraft der D-Mark der privaten Haushalte lag in den neuen Bundesländern um rund 10 Prozentpunkte über der in den alten Bundesländern.

---

Berlin-West) für 33 Städte und in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin-Ost) für 18 Städte auf der Basis von 400 repräsentativ ausgewählten Waren und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs (ohne Wohnungsnutzung) durchgeführt. Dabei wurde bei der Auswahl der Städte von vornherein dem interregionalen Vergleich zwischen den neuen und alten Bundesländern Rechnung getragen. – Vgl. STRÖHL, G.: Zwischenörtlicher Vergleich des Verbraucherpreisniveaus in 50 Städten. *Wirtschaft und Statistik* 6/94, S. 415 ff.

<sup>16</sup> Zeitgleich zum „50 Städtevergleich“ ermittelte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) auf der Grundlage des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) die Mietunterschiede von repräsentativen sowie vergleichbaren Wohnungen in den neuen und alten Bundesländern.

Vgl. LAHMANN, H.; FRICK, J.: Örtlicher Vergleich der Wohnungsmieten in Städten und Gemeinden im gesamten Bundesgebiet, Gutachten im Auftrage des Bundesministeriums für Wirtschaft. Berlin, April 1994

---

<sup>15</sup> Der zwischenörtliche Vergleich des Verbraucherpreisniveaus wurde im früheren Bundesgebiet (einschließlich

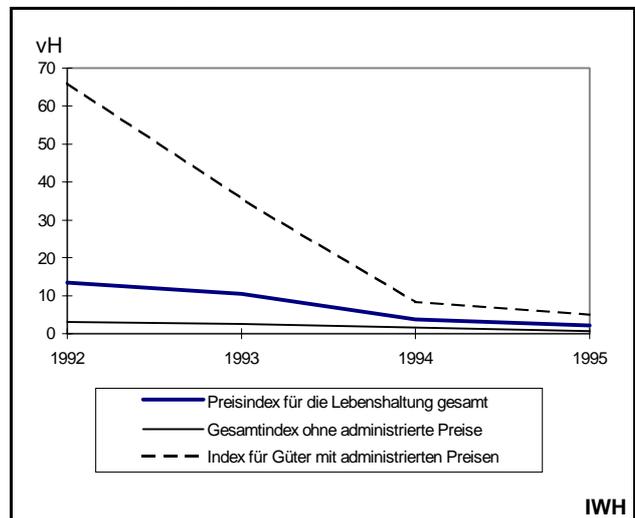
Dieser regionale Preisunterschied hatte eine wesentliche Ursache nicht in herkömmlichen räumlichen Preisdifferenzierungen von Gütern, sondern in der Existenz von Subventionen für Waren und Dienstleistungen mit staatlich administrierten Verbraucherpreisen in den neuen Bundesländern. Während mit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion für die überwiegende Mehrheit der handelbaren Güter die Preisbindung aufgehoben wurde und sie sich schnell auf marktwirtschaftliches Preisniveau einpendelten, wurde für eine Reihe von Dienstleistungen, aber auch Sachgüter, die zu DDR-Zeiten hochsubventioniert waren, Preis Anpassungsschritte festgelegt. Dies betraf die Energie- und Wassertarife, die Verkehrstarife, die Gebühren für Erziehungs- und Unterrichtsleistungen, die Preise der Verbrauchsgüter für die Gesundheitspflege sowie vor allem die Wohnungsmieten. Die größten Anpassungsschritte erfolgten insbesondere im Zeitraum von 1991 bis 1993. So erhöhte sich insgesamt der Preisindex für Güter mit administrierten Preisen im Durchschnitt gegenüber dem Vorjahr 1992 um 66 vH und 1993 um 36 vH. Für das Jahr 1991 kann man mindestens von einer ebenso großen Erhöhung des Preisindex für Güter mit administrierten Preisen wie im Jahr 1992 ausgehen.<sup>17</sup> (Die Statistik des Preisindex der Lebenshaltung beinhaltet für die neuen Bundesländer für 1991 keine Angaben zur Veränderung des Index der administrierten Preise zum Vorjahr.) Nach 1993 verlief die preisliche Anpassung in ruhigeren Bahnen. Gleichwohl wiesen Güter mit administrierten Preisen im Durchschnitt in den Jahren 1994 und 1995 mit 8 vH bzw. 5 vH immer noch eine wesentlich höhere Preissteigerung aus als Güter mit Marktpreisen (vgl. Abbildung 1).

Unter Anwendung der Methode des räumlichen Preisvergleichs (siehe Kasten) wurde die relative Kaufkraft einer D-Mark in Ostdeutschland ermittelt. Von 1991 bis 1995 nahm die relative Kaufkraft der D-Mark in Ostdeutschland um rund 15 Prozentpunkte ab. Mit anderen Worten, für einen gleichen Verbrauch von Waren und Dienstleistungen in Höhe von 100 D-Mark eines Privathaushalts in Westdeutschland brauchten die ostdeutschen

Haushalte im Jahr 1991 nur 76 DM ausgeben, im Jahr 1995 waren es bereits 91 DM (vgl. Tabelle 1).

Abbildung 1:  
Preisindex für die Lebenshaltung in den neuen Bundesländern

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH -



Quelle: Statistisches Bundesamt

Ausschlaggebend für den 1995 noch bestehenden beachtlichen Preisvorteil in den neuen Bundesländern sind die im Durchschnitt um mehr als ein Viertel geringeren Bruttokaltmieten je Quadratmeter Wohnfläche. Darüber hinaus führen insbesondere deutlich ausgeprägte Preisniveauunterschiede bei Dienstleistungen und bei Gütern mit administrierten Preisen zu einem im Durchschnitt um knapp 10 Prozentpunkte niedrigeren Preisniveau in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland. Administrierte Preise für Güter, wie Strom, Gas und Wasser, für Arztleistungen und Krankenhausaufenthalte, für die Nutzung des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs sowie für den Eintritt in Museen und Bäder, bestimmen zum Teil maßgeblich die Kaufkraftparitäten in den Verbrauchsgruppen Energie und Wasser, Gesundheits- und Körperpflege sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Da diese Preise über Tarifordnungen schrittweise an das westdeutsche Preisniveau herangeführt werden, bestehen in diesen Verbrauchsgruppen noch Preisvorteile. Der mittlere Preisniveauunterschied bei den Dienstleistungen (z.B. Handwerker- und Friseurleistungen, Verzehr in Gaststätten und Kantinen) betrug 1993

<sup>17</sup> Vgl. NIERHAUS, W.: Administrierte Preise und Verbraucherpreisniveau in Ostdeutschland, in ifo Schnelldienst 4/94, S. 3-9.

etwa 14 Prozentpunkte. Er bestimmt fast zwei Drittel des gesamten Verbrauchs

### Räumlicher (bilateraler) Preisvergleich

Kaufkraftparitäten sind mit Verbrauchsanteilen gewichtete Preisrelationen.

Die Berechnungsmethode<sup>a</sup> des bilateralen Preisvergleichs ist der des zeitlichen Preisvergleichs ähnlich. Sie basiert auf Formeln der Preisindizes von Laspeyres und Paasche.

$$KKP_{\text{Laspeyres}} = \frac{\sum P_B \cdot Q_A}{\sum P_A \cdot Q_A}$$

wobei

KKP: Zahl der Währungseinheit der Region B (neue Bundesländer), die einer Währungseinheit der Region A (alte Bundesländer) kaufkraftgleich ist (Kaufkraftparität);

$P_A, P_B$ : Preis eines Gutes in der Region A bzw. B;

$Q_A$ : Gekaufte Menge eines Gutes in der Region A.

(Der Laufindex  $i$  für die Güter 1 bis  $n$  ist der Einfachheit halber weggelassen worden).

Durch Umformung erhält man einen Formelausdruck, welcher der praktischen Berechnung entgegenkommt.

$$KKP_{\text{Laspeyres}} = \frac{\sum \frac{P_B}{P_A} \cdot P_A \cdot Q_A}{\sum P_A \cdot Q_A}$$

wobei

$\frac{P_B}{P_A}$ : Preisrelation eines Gutes der Region B zur Region A;

$\frac{P_A \cdot Q_A}{\sum P_A \cdot Q_A}$ : Anteil der Ausgaben für ein bestimmtes Gut an den Gesamtausgaben in der Region A.

Die obige Formel wichtet somit die Relation des Preises eines bestimmten Gutes in den neuen Bundesländern zum Preis des Gutes in den alten Bundesländern mit dem Ausgabengewicht dieses Gutes in den alten Bundesländern, d.h. es wird von westdeutschen Verbrauchsstrukturen ausgegangen.

Verwendet man die Verbrauchsstruktur der neuen Bundesländer, so kommt der Preisindex von Paasche zur Anwendung.

$$KKP_{\text{Paasche}} = \frac{\sum P_B \cdot Q_B}{\sum P_A \cdot Q_B}$$

wobei

$Q_B$ : Gekaufte Menge eines Gutes in der Region B.

Durch Erweiterung des Nenners erhält man ebenfalls eine für die Praktikabilität der Rechnung günstige Formel.

$$KKP_{\text{Paasche}} = \frac{\sum P_B \cdot Q_B}{\sum \frac{P_A}{P_B} \cdot P_B \cdot Q_B}$$

Preisrelation und Wägungszahlen bezogen auf die Region B (neue Bundesländer) erscheinen hier mit ihren Reziprokwerten.

Die Region, auf deren Verbrauchsstrukturen die Berechnungen beruhen, erscheint jeweils relativ preisgünstiger. Daher ist es üblich, aus beiden Kaufkraftparitäten einen Mittelwert (Kreuzung der Warenkörbe) zu berechnen.

Dies geschieht durch Berechnung des Fisher-Index als geometrisches Mittel.

$$KKP_{\text{Fisher}} = \sqrt{KKP_{\text{Laspeyres}} \cdot KKP_{\text{Paasche}}}$$

<sup>a</sup> Vgl.: ANGERMANN, O.; STAHER, C., Berechnung von Kaufkraftparitäten im Rahmen der internationalen Organisationen, in:



Tabelle 1:

## Kaufkraftparitäten (KKP) 1991 bis 1995 in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland

Ausgaben nach Gruppen	Warenkorb 1991(vH) <sup>a</sup>		Kaufkraftparität (ABL=100)				
	ABL	NBL	1991	1992	1993	1994	1995
Nahrungsmittel, Getränke	22,49	31,65	93,1	92,6	92,2 <sup>b</sup>	92,2	91,8
Bekleidung, Schuhe	7,38	8,86	101,9	100,2	98,6 <sup>b</sup>	97,8	97,0
Wohnungsmieten	19,19	6,18	20,4	44,1	66,6 <sup>c</sup>	70,5	71,5
Energie, Wasser	5,34	4,59	67,0	93,2	93,9 <sup>b</sup>	89,5	90,0
Haushaltsführung	7,70	10,54	97,6	96,6	95,5 <sup>b</sup>	94,6	93,9
Gesundheit, Körperpflege	5,35	3,66	73,8	81,5	86,3 <sup>b</sup>	89,7	91,1
Verkehr, Nachrichten	16,79	19,85	93,0	94,7	96,0 <sup>b</sup>	95,7	95,9
Bildung, Unterhaltung	9,17	9,61	91,9	91,4	93,9 <sup>b</sup>	95,6	96,9
Persönliche Ausstattung	6,59	5,06	90,9	92,7	95,3 <sup>b</sup>	97,9	98,3
<b>KKP</b> (gekreuzter Warenkorb)			<b>76,3</b>	<b>85,7</b>	<b>90,3</b>	<b>90,9</b>	<b>91,1</b>

<sup>a</sup> Für die Bestimmung der mittleren Kaufkraftparität (KKP<sub>gekreuzter Warenkorb</sub>) wird ein konstanter Warenkorb – der des Jahres 1991 – als Gewichtung verwendet. Da die Kaufkraftparität des gekreuzten Warenkorbs einen Mittelwert aus den berechneten Kaufkraftparitäten auf Basis des ostdeutschen und des westdeutschen Warenkorbs darstellt, ist hier der Einfluß von Strukturveränderungen mitenthalten. Zumal der westdeutsche Warenkorb als Referenzgröße für den zukünftigen ostdeutschen Warenkorb angenommen werden kann. Berechnet man die Kaufkraftparität für 1994 auf Basis der aktuellen Verbrauchsstruktur, welche letztmalig 1994 getrennt nach Ost- und Westdeutschland für die Haushalte insgesamt vorliegt, ergibt sich mit 90,1 kein wesentlicher Unterschied zur Kaufkraftparität für 1994 auf Basis der 91er Strukturen. – <sup>b</sup> Parität der Ausgabengruppe aus dem „50 Städtevergleich“. – <sup>c</sup> Parität der Wohnungsmiete je m<sup>2</sup> der Bruttokaltmiete aus DIW-Gutachten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

cherpreisgefälles (ohne Wohnungsmieten) zwischen den alten und neuen Bundesländern.<sup>18</sup>

In keiner der betrachteten Ausgabengruppen hat sich bis 1995 das Preisniveau zwischen Ost- und Westdeutschland vollständig angeglichen. Am geringsten sind mittlerweile mit knapp zwei Prozentpunkten die Preisniveauunterschiede in der Verbrauchsgruppe „persönliche Ausstattung“. Das Gros dieser Gruppe sind Ausgaben für Pauschalreisen und für Dienstleistungen des Beherbergungswesens. Des weiteren gehören Ausgaben für Leistungen des Kredit- und Versicherungswesens sowie Ausgaben für Schmuck, Uhren, Leder und Täschnerwaren in diese Verbrauchsgruppe. Noch deutliche Preisvorteile bestehen neben den Wohnungsmieten mit über 28 Prozentpunkten in den Verwendungsgruppen „Energie und Wasser“<sup>19</sup> sowie

„Gesundheits- und Körperpflege“ mit 8 bis 10 Prozentpunkten.

### *Preisrelationen entwickeln sich unterschiedlich*

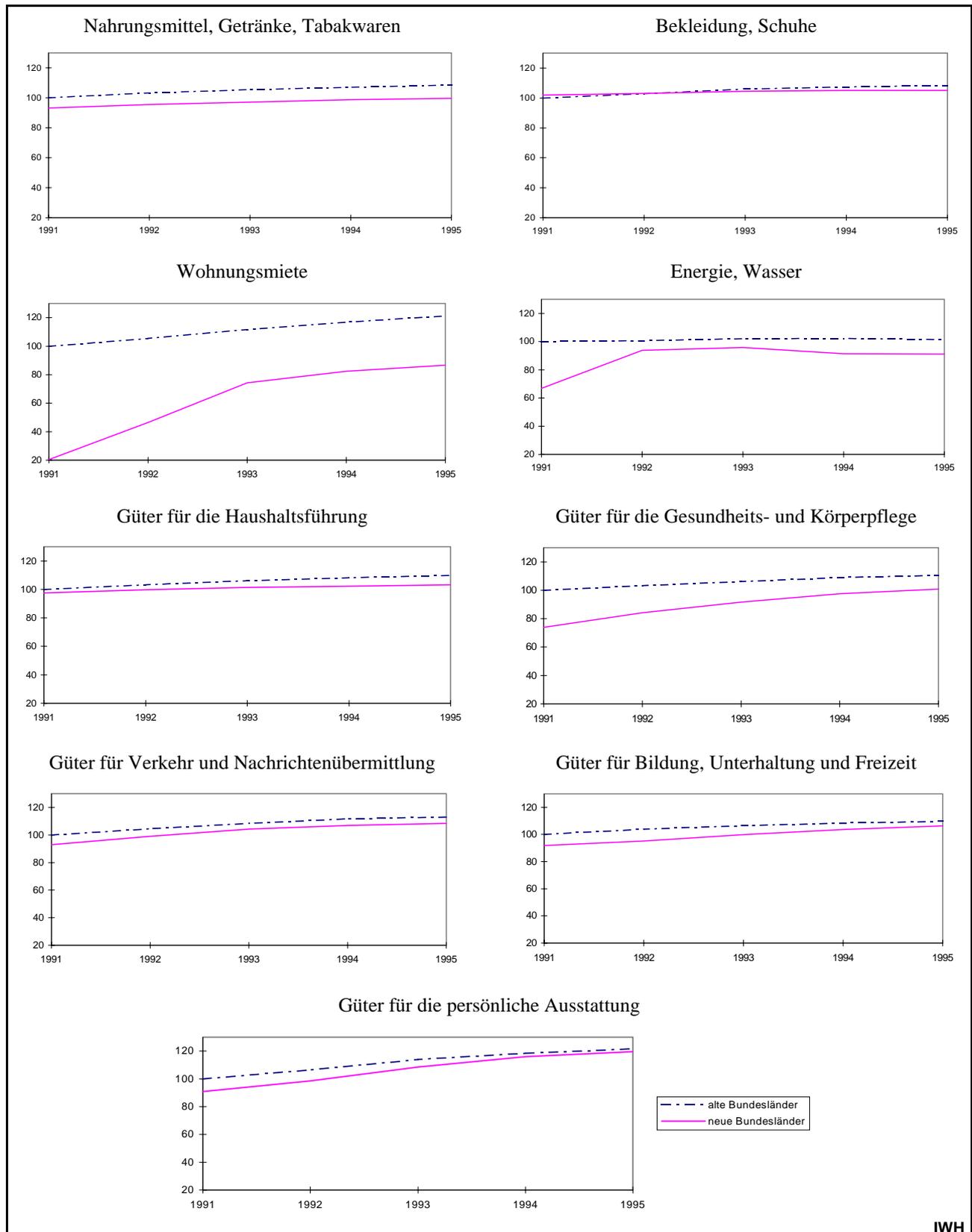
Da nicht jedes Jahr solche aufwendigen zwischenörtlichen Preiserhebungen durchgeführt werden, wurde hier ausgehend von den 93er Ergebnissen des „50 Städtevergleichs“ auf hoch aggregierter Stufe die Entwicklung der Kaufkraftparitäten über die Zeit als Ergebnis der Preisentwicklung nach neun Verwendungsgruppen in beiden betrachteten Regionen ermittelt. Dabei müssen solche Einflußfaktoren, wie die Veränderung detaillierter Warenkörbe oder das Hinzukommen neuer Produkte, außerhalb der Betrachtung bleiben. Trotz eines Anstiegs der Preise in der einen Region kann die Preisrelation zunehmen, wenn die Preise in der anderen Region noch schneller ansteigen. Ausgehend von einem absoluten Preisniveauvergleich für Güterrepräsentanten zu einem bestimmten Zeitpunkt kommt es also im zeitlichen Vergleich auf die Relation der Preisentwicklung zwischen den Regionen an (vgl. Abbildung 2).

des „Kohlepennig“ ab 1996 haben sich die Strompreise für Haushaltskunden in Ost und West angeglichen.

<sup>18</sup> Vgl. STRÖHL, G.: Zwischenörtlicher Vergleich des Verbraucherpreisniveaus in 50 Städten. Wirtschaft und Statistik 6/94, S. 425.

<sup>19</sup> So waren z.B. im Jahr 1995 im Gegensatz zu den Strompreisen für industrielle Abnehmer, die in den neuen Bundesländern bis zu 20 vH über dem westdeutschen Niveau lagen, die Tarife für den Energieverbrauch der privaten Haushalte in Ostdeutschland noch um rund 6 vH niedriger. Mit Wegfall

Abbildung 2:  
 Jahresdurchschnittliche Entwicklung der relativen Preise zwischen Ost- und Westdeutschland nach Verbrauchsgruppen



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Eine starke Angleichung der Preise hat sich in der Verbrauchsgruppe Energie und Wasser vollzogen, wenn auch ungleichmäßig über die Zeit. Die hohen Preissteigerungen in den Jahren 1991 und 1992 für elektrischen Strom, Gas und Wasser sowie die höheren Umlagen für Heizung und Warmwasser in den neuen Bundesländern ließen den relativen Preis dieser Verbrauchsgruppe von 1991 bis 1993 um über 15 Prozentpunkte steigen. Von 1993 bis 1995 war dagegen wieder ein leichtes Sinken der Preisrelation zu verzeichnen, da es 1994 jahresdurchschnittlich zu einer fast 5prozentigen Preissenkung in dieser Verbrauchsgruppe kam, was hauptsächlich durch die Absenkung der Umlagepauschale für Heizung und Warmwasser von 3,- DM/m<sup>2</sup> auf 2,50 DM/m<sup>2</sup> verursacht wurde.

Eine merkliche Preisveränderung gegenüber den alten Bundesländern ist im betrachteten Zeitraum bei den Ausgaben für Güter und Dienstleistungen der Gesundheits- und Körperpflege zu beobachten. Betrag der Preisniveauunterschied zwischen Ost und West 1991 über 25 Prozentpunkte so ist er 1995 auf immer noch beachtliche 9 Prozentpunkte kontinuierlich gesunken.

Drei Verbrauchsgruppen – Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren; Bekleidung und Schuhe; Güter für die Haushaltsführung – fallen dadurch auf, daß ihre Preise langsamer wachsen als in Westdeutschland. Die überwiegende Mehrheit der darin enthaltenen Waren wird im Einzelhandel vertrieben. Sie enthalten kaum Güter mit administrierten Preisen und außer den Dienstleistungen in Gaststätten und Kantinen auch relativ wenig Ausgaben für Dienstleistungen.

### ***Wohnungsmieten – wesentlicher Bestimmungsgrund für Kaufkraftvorteil***

Bei den Wohnungsmieten wird die anfangs noch hohe Subventionsabhängigkeit besonders

deutlich. Die Parität von 1993, auf das Jahr 1991 über die Entwicklung der Preisrelation zurückgerechnet, ergibt für 1991 bei der Wohnungsnutzung eine relative Kaufkraft in den neuen Bundesländern, die fünfmal so hoch war wie in den alten Bundesländern.

Mit der ersten und zweiten Grundmietenverordnung stiegen die Wohnungsmieten im Jahresdurchschnitt 1992 um 128 vH und 1993 um 60 vH sprunghaft an. Im Jahresdurchschnitt 1995 betrug die Kaufkraftparität der Wohnungsmieten knapp 72 Prozent. Im Vergleich mit anderen Verbrauchsgruppen ist damit die Kaufkraft der D-Mark in der Verbrauchsgruppe Wohnungsnutzung in Ostdeutschland trotz der stärksten Preissteigerungen immer noch die höchste. Obwohl nochmals betont sei, daß hier Unterschiede bezüglich der Wohnqualität bestehen, die in dem den Berechnungen zugrunde liegenden Quadratmeterpreis der Bruttokaltmiete keinen Niederschlag finden.

Angenommen die Quadratmeterpreise der Mieten in Ost und West hätten im betrachteten Zeitraum von Anfang an das gleiche Niveau gehabt, so wäre die relative Kaufkraft der D-Mark in Ostdeutschland 1991 nur um etwa 8 Prozentpunkte und 1995 um rund 5 Prozentpunkte höher gewesen als in Westdeutschland. Der stetig stärkere Anstieg der Mietpreise in Ostdeutschland hat aber den Einfluß der Wohnungsmieten auf die Kaufkraft der D-Mark in Ostdeutschland sinken lassen. War der relative Kaufkraftvorsprung 1991 noch zu zwei Dritteln durch niedrigere Mietpreise bestimmt, so verringerte sich der Mietpreiseinfluß 1995 auf etwa zwei Fünftel (vgl. Tabelle 2).

### ***Preisvorteil wirkt in Rentnerhaushalten am stärksten***

Die relative Kaufkraft der D-Mark in Ost- gegenüber Westdeutschland wurde hier für die Privat-

Tabelle 2:

Vergleich der relativen Kaufkraft mit und ohne Einfluß des Preisunterschieds bei den Wohnungsmieten

	Kaufkraftparität (ABL=100)				
	1991	1992	1993	1994	1995
KKP <sub>gekrenzter Warenkorb (Parität der Wohnungsmiete=1)</sub>	92,3	94,3	94,8	94,9	94,9
KKP <sub>gekrenzter Warenkorb</sub>	76,3	85,7	90,3	90,9	91,1

Quelle: Berechnungen des IWH.

Tabelle 3:

Kaufkraftparitäten 1995 in ausgewählten Typhaushalten in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland

Ausgaben nach Gruppen	Paritäten <sup>a</sup>			Ausgabenanteile 1995 in vH <sup>b</sup>					
	ABL=100			Haushaltstyp 1		Haushaltstyp 2		Haushaltstyp 3	
	Typ 1	Typ 2	Typ 3	ABL	NBL	ABL	NBL	ABL	NBL
Nahrungsmittel, Getränke	91,6	92,1	92,2	24,4	22,5	21,9	24,6	19,6	22,7
Bekleidung, Schuhe	97,1	96,9	96,8	4,5	5,4	6,7	6,6	7,0	7,6
Wohnungsmieten	71,1	71,6	71,6	30,1	18,7	23,9	16,0	21,5	14,4
Energie, Wasser	90,9	90,0	88,3	7,1	6,4	5,0	5,5	4,0	4,8
Haushaltsführung	94,4	94,3	94,0	5,9	11,8	6,7	9,4	7,8	11,0
Gesundheit, Körperpflege	88,2	89,2	89,3	5,4	5,7	3,4	3,1	6,6	3,5
Verkehr, Nachrichten	95,9	95,2	94,9	12,3	16,3	17,2	19,3	16,7	19,8
Bildung, Unterhaltung	96,6	97,8	95,5	6,7	7,7	11,2	11,4	12,2	11,7
Persönliche Ausstattung	96,3	98,7	96,3	3,6	5,5	4,0	4,1	4,6	4,5
<b>KKP<sub>gekreuzter Warenkorb 1995</sub></b>	<b>87,5</b>	<b>89,3</b>	<b>89,3</b>						
<b>KKP<sub>gekreuzter Warenkorb 1991</sub></b>	<b>89,5</b>	<b>91,2</b>	<b>91,0</b>						

<sup>a</sup> Ausgehend von den Paritäten je Ausgabengruppe im Jahr 1993 für Privathaushalte insgesamt wurde anhand der unterschiedlichen Relationen der Preisentwicklung in den drei Typhaushalten für 1995 für jeden Haushaltstyp die entsprechende Verbrauchergeldparität berechnet. – <sup>b</sup> Gewichtsanteile berechnet an Hand der Statistik der Wirtschaftsrechnungen, wobei Haushaltstyp 1 - der Zwei-Personen-Haushalt von Rentnern und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen, Haushaltstyp 2 - der Vier-Personen-Haushalt von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen und Haushaltstyp 3 - der Vier-Personen-Haushalt von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen ist.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

haushalte insgesamt als Durchschnittswert ermittelt. Innerhalb der privaten Haushalte gibt es zwischen den verschiedenen Haushaltstypen aufgrund von differierenden Verbrauchsstrukturen Unterschiede in den Kaufkraftparitäten.

So hat sich die relative Kaufkraft der D-Mark in einem ostdeutschen Vier-Personen-Haushalt von Arbeitern und Angestellten schon stärker an die Kaufkraft des entsprechenden westdeutschen Haushalts angeglichen als die eines Zwei-Personen-Rentnerhaushalts (vgl. Tabelle 3).

Gerade die Waren und Dienstleistungen mit den noch höchsten preislichen Niveauunterschieden zwischen Ost und West, wie z.B. Wohnungsmieten, Dienstleistungen für die Haushaltsführung und für die Gesundheits- und Körperpflege sowie Verkehrsleistungen, nehmen in den Rentnerhaushalten ein stärkeres Gewicht an den gesamten Verbrauchsausgaben ein. So führt die Zusammensetzung der Ausgaben für den privaten Verbrauch im Zwei-Personen-Rentnerhaushalt (Haushaltstyp 1) zu einem relativen Preisvorteil von etwa 2 Pro-

zentpunkten gegenüber dem Vier-Personen-Haushalt von Arbeitern und Angestellten (Haushaltstyp 2 und 3).

Wie unterschiedliche Verbrauchsstrukturen auf die relative Kaufkraft wirken, zeigt die Berechnung der mittleren Kaufkraftparität zum einen mit den Ausgabenanteilen von 1995 und zum anderen mit dem Warenkorb von 1991 (vgl. Tabelle 3). Die Verbrauchsstruktur in den drei Haushaltstypen gleicht sich immer mehr den westdeutschen Verbrauchsmustern an. Während 1995 gegenüber 1991 die Ausgabengewichte für Nahrungsmittel, Bekleidung sowie für Güter des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung sanken, stiegen die Verbrauchsausgaben für Wohnungsmieten, Energie und Wasser sowie Güter der persönlichen Ausstattung in ihrem Gewicht an. Da die Verbrauchsgruppe Wohnungsmieten ihr Gewicht an den Gesamtausgaben in allen drei Haushaltstypen verdreifacht hat, wirkt insbesondere die günstige Kaufkraftparität der Wohnungsmieten erhöhend auf den relativen Kaufkraftvorteil im Osten Deutschlands.

Dennoch ist die Wirkung einer solch starken Veränderung der Verbrauchsstruktur, wie sie sich in Ostdeutschland von 1991 bis 1995 vollzogen hat, auf die relative Kaufkraft mit maximal 2 Punkten Unterschied nicht so groß, wie allgemein angenommen. Dies ist ein Indiz dafür, daß die Veränderung der Ausgabenstruktur in erster Linie durch preisliche Anpassungen und in geringerem Maße durch mengenmäßige Verbrauchsreaktionen hervorgerufen wurde.

\* \* \*

Wie eingangs betont, sagt die hier ermittelte relative Kaufkraft der D-Mark in den neuen Bundesländern noch nichts über das tatsächliche Kaufkraftgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland aus. Berücksichtigt man den durchschnittlichen relativen Kaufkraftvorteil einer D-Mark in Ostdeutschland von rund 10 vH im Vergleich zu Westdeutschland, so ist die tatsächliche Kaufkraft je Einwohner in den neuen Bundesländern gemessen an der westdeutschen Kaufkraft je Einwohner von etwa 64 vH im Jahr 1991 auf rund 75 vH im Jahr 1995 gestiegen.

Ruth Grunert (rgr@iw.h.uni-halle.de)

## Arbeitsförderung, Umwelt- und Flächensanierung im Bereich der BvS

*In der Diskussion um die Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) stehen Arbeitsmarktwirkungen im Vordergrund. Bei Sonder-ABM nach § 249h des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) im Bereich der Umweltsanierung sind Arbeitsmarkt- mit Umwelt- und Infrastruktureffekten verbunden. Letztere wurden aber bisher kaum untersucht und waren deswegen Schwerpunkt einer IWH-Analyse. Diese stützt sich vor allem auf eine Befragung von Projektträgern, die im ersten Halbjahr 1996 im Bereich der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) realisiert wurde. Im Jahr 1995 wurden hier durchschnittlich rund 36.000 Personen gefördert. Etwa 1,9 Mrd. DM bzw. 85 vH der Kosten aller Projekte entfielen auf umweltschutz- und infrastrukturelevante Maßnahmen. Nach Hochrechnungen des IWH, die auf den Erhebungsdaten basieren, waren Ende 1995 ca. 5.050 ha sanierte Flächen wieder an Altstandorten verfügbar. Das Volumen der auf diesen Arealen bislang getätigten und bis Ende 1997 zugesagten Investitionen wird auf etwa 13 Mrd. DM geschätzt. Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht kann aber nicht gesagt werden, ob die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen effizient waren.*

### **Spezifika der Sonder-ABM im Bereich der BvS**

Angesichts anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und des Auslaufens umfangreicher Allgemeiner ABM wurde das arbeitsmarktpolitische Instru-

mentarium für Ostdeutschland durch die 10. Novelle des AFG im Dezember 1992 erweitert. Danach kann die Bundesanstalt für Arbeit (BA) seit 1993 die Beschäftigung von Arbeitslosen u.a. in Projekten der Umweltsanierung und -verbesserung befristet bis Ende 1997 in Sonder-ABM fördern.<sup>20</sup> Wichtige Charakteristika dieser Maßnahmen sind:

- Die Hauptfinanzierung ist durch den Projektträger (im Untersuchungsbereich durch die Treuhandanstalt (THA) bzw. ihre Nachfolgerin BvS) zu sichern. Die BA bezuschußt mit pauschalisierten Lohnkostenzuschüssen in Höhe des durchschnittlichen Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe einen deutlich geringeren Teil der Lohn- und Maßnahmekosten als bei den Allgemeinen ABM.<sup>21</sup>
- Arbeiten der Umweltsanierung und -verbesserung sind grundsätzlich über Vergaben an Arbeitsförderungs-, Beschäftigungs- und Struktur-

<sup>20</sup> Vgl. Anordnung des Verwaltungsrates der BA zur Förderung der Beschäftigung in Maßnahmen zur Verbesserung der Umwelt, der sozialen Dienste oder der Jugendhilfe vom 27. Januar 1993 (A Lohnkostenzuschüsse Ost), in: BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.): Finanzierungshilfen der Bundesregierung. Bonn, 1994, S. 122 ff.

<sup>21</sup> Da die geförderten Personen in der Regel zu 90 vH der Arbeitsentgelte für gleiche oder vergleichbare ungeforderte Tätigkeiten entlohnt werden, müssen die Projektträger über den Lohnkostenzuschuß der BA hinaus weitere Mittel für die Finanzierung der Personalkosten einschließlich der Personalnebenkosten beisteuern.